



KONJUNKTURREPORT

13. Jg., Ausgabe 4, Dez. 2013

Konjunkturerholung nimmt Gestalt an

Die allmähliche Erholung der **Weltwirtschaft** setzt sich fort. Dabei bestehen weiterhin Unterschiede zwischen den Wirtschaftsräumen. Während die Dynamik in den Industrieländern zunimmt, schwächt sie sich in den Schwellenländern ab. Die jüngsten Umfrageindikatoren, etwa der globale Einkaufsmanagerindex sowie das ifo Weltwirtschaftsklima, lassen eine Aufhellung der weltweiten Wachstumsaussichten im Schlussquartal 2013 erkennen. Die zuletzt veröffentlichten Daten zur Produktion bestätigen die allmähliche Beschleunigung des Wachstums in den Industrieländern, was insbesondere auf eine Belebung im Vereinigten Königreich sowie die robuste Konjunktur in den USA und Japan zurückzuführen ist.

In den **USA** ist das saisonbereinigte reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im dritten Quartal 2013 um 0,7% gestiegen, nach 0,3% bzw. 0,6% in den ersten beiden Quartalen. Positive Wachstumsbeiträge kamen vom privaten Konsum, den Anlageinvestitionen und den Lagerbestandsveränderungen. In **Japan** hat sich die wirtschaftliche Expansion im dritten Jahresviertel etwas verlangsamt, blieb aber im internationalen Vergleich mit 0,5% (nach 1,1% im ersten und 0,9% im zweiten Quartal) robust. Die Abschwächung ging vor allem auf den privaten Konsum und den Außenbeitrag zurück, während die privaten und die staatlichen Investitionen stärker ausgeweitet wurden. In **China** hat sich das Wirtschaftswachstum im dritten Quartal auf 7,8% im Vorjahresvergleich beschleunigt (nach 7,7% im ersten und 7,5% im zweiten Quartal). Konjunkturindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe lassen für das vierte Quartal eine Beibehaltung dieses Wachstumstempos erwarten.

Im **Euroraum** stieg die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung zwischen Juli und September um 0,1% (nach -0,2% bzw. +0,3% in den ersten beiden Quartalen). In der **Europäischen Union (EU28)** belief sich die Zunahme im dritten Jahresviertel auf 0,2% (nach -0,1% bzw.

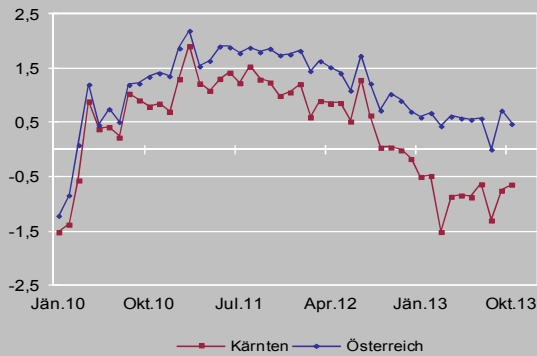
+0,3%). In Spanien wurde erstmals nach neun Quartalen ein Zuwachs verzeichnet und in Italien schwächte sich die Rezession ab. Hingegen verringerte sich das Wachstumstempo in Deutschland etwas, und in Frankreich war die Wirtschaftsleistung nach dem positiven Vorquartal wieder rückläufig. Die Wirtschaft in der EU dürfte sich weiter langsam erholen. Die Inlandsnachfrage wird durch die expansive Geldpolitik, die niedrige Inflation, Verbesserungen an den Finanzmärkten und Fortschritte bei der Budgetkonsolidierung gestützt. Belastend wirken weiterhin die hohe Arbeitslosigkeit und notwendige weitere Schritte zum Abbau der privaten und öffentlichen Verschuldung.

In **Österreich** wuchs die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung gemäß einer Schnellschätzung im dritten Quartal um 0,2%, nach 0,1% im ersten und einer Stagnation im zweiten Quartal. Der private Konsum stieg wie im zweiten Quartal um 0,1%. Das Wachstum des öffentlichen Konsums beschleunigte sich auf 0,4%. Die Anlageinvestitionen, die zu Jahresbeginn rückläufig gewesen waren und im zweiten Quartal stagniert hatten, stiegen nun leicht. Das Exportwachstum schwächte sich etwas auf 0,2% ab. Da aber die Importe wegen der schwachen Inlandsnachfrage nur um 0,1% ausgeweitet wurden, ging vom Außenhandel ein positiver Wachstumsbeitrag aus. Entstehungsseitig erhöhte sich die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung und im Bauwesen jeweils um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Im Bauwesen setzte sich damit die Erholung fort. Positive Impulse kamen auch von den Dienstleistungsbereichen, insbesondere vom Handel sowie den freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen.

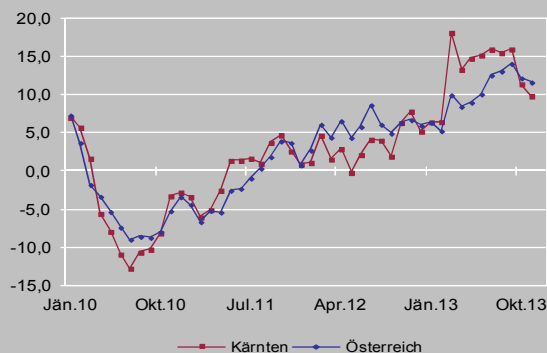
In **Kärnten** entwickelt sich die Konjunktur in diesem Jahr deutlich schwächer als im Bundesdurchschnitt. Das ist wesentlich auf die größere Bedeutung von Italien und Slowenien als Absatzmärkte zurückzuführen.

(Fortsetzung auf Seite 7)

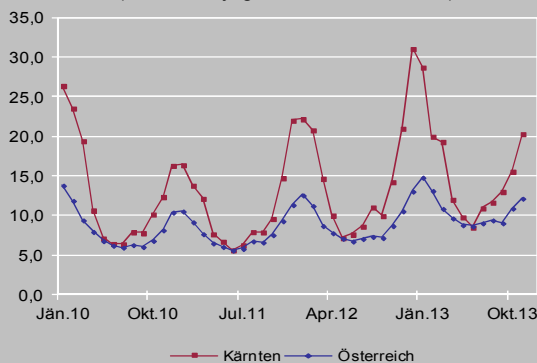
Unselbständig Beschäftigte
Veränderung zum Vorjahreswert in %



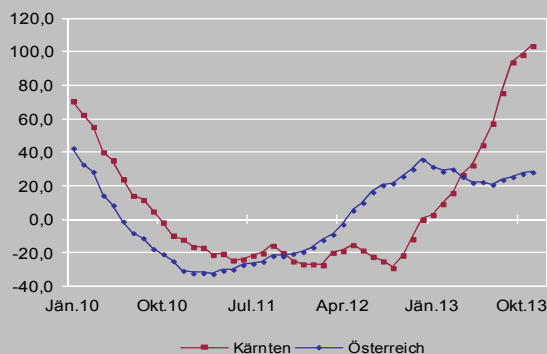
Vorgemerkte Arbeitslose
Veränderung zum Vorjahreswert in %



Stellenandrang
(Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle)



Langzeitarbeitslose (über 1 Jahr)
Veränderung zum Vorjahreswert in %



Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Auch Ende des Jahres 2013 ist keinerlei Entspannung am heimischen Arbeitsmarkt in Sicht; sowohl in Kärnten als auch österreichweit verstärkt sich die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung weiter. So beträgt im November 2013 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 25.245 und liegt damit deutlich über dem Vorjahreswert. Positiv hervorzuheben gilt es dabei, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Kärnten mit +9,8 % erstmals seit Jahresbeginn wieder unter dem Bundesdurchschnitt rangiert, wo die Arbeitslosigkeit mit einem Plus von 11,6 % vergleichsweise stärker zugenommen hat. Allerdings sinkt in Kärnten seit Ende des Jahres 2012 die Zahl der unselbständig Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr, während österreichweit weiterhin moderate Zuwächse verzeichnet werden. Dieser negative Trend setzt sich in Kärnten gegenwärtig fort; der Beschäftigungsrückgang beträgt im November 0,5 % (Österreich: +0,5 %). Laut der aktuellsten Wirtschaftsprognose des IHS Wien wird die Arbeitslosigkeit auch im Jahr 2014 weiter steigen; die verhaltene Konjunktorentwicklung und die damit verbundene geringe Arbeitskräftenachfrage reichen nicht aus, das steigende Arbeitskräftepotential zu absorbieren.¹ Eine merkliche Entspannung der Situation ist – laut Arbeitsmarktservice – frühestens im Jahr 2015 zu erwarten.²

Allerdings nimmt gegenwärtig – aufgrund einer deutlichen Zunahme offener Stellen (+13,5 %) bei vergleichsweise weniger stark steigender Arbeitslosigkeit – der „Stellenandrang“ (Arbeitslose je gemeldeter offener Stelle) ab; dieser beträgt im November 2013 in Kärnten 20,4 (Österreich: 12,2).

Überdurchschnittlich stark betroffen von der ungünstigen Entwicklung sind derzeit Langzeitarbeitslose (über 1 Jahr) wie auch ältere Arbeitsmarktteilnehmer/innen (50+). Speziell die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt mit einem Plus von 103,8 % dramatisch zu und hat sich im Vergleich zum November des Vorjahres mehr als verdoppelt (Ältere: +19,7 %). Bei den Langzeitarbeitslosen liegt der Anstieg der Arbeitslosigkeit damit auch deutlich über dem Bundesdurchschnitt von +28,5 %; diese strukturellen Problemfelder stellen unverändert einen besonderen Handlungsbedarf für die Arbeitsmarktpolitik dar. Robert Klinglmair

¹ Vgl. Fortin et al. (2013): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2013-2014 – Konjunkturerholung im Euroraum nimmt Gestalt an. Economic Forecast 79/2013. Institut für Höhere Studien. Wien.

² Vgl. Alteneder et al. (2013): Ausblick auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in Österreich bis zum Jahr 2017. Studie der Synthesis Forschung im Auftrag des AMS Österreich. Wien, S. 6-13.

Sparpaket

Die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene haben mit einem „Kassensturz“ begonnen und nach dem Blick in ein tiefes „Budgetloch“ beginnt die Suche nach Einsparungen für ein Regierungsprogramm bis 2018. In Kärnten kam der „Kassasturz“ erst nach der Bildung einer neuen Koalition und wirkt sich zunächst in einem Sparbudget für 2014 aus, das die Ausgaben des Landes um € 40 Mio. reduzieren soll, bei einem gesamten Einsparziel von € 233 Mio. bis 2018.

Ein probates, kurzfristig wirksames Sparprogramm bedeutet pauschale Kürzungen und Deckelungen. So soll im Landesdienst jede dritte freigewordene Personalstelle nicht mehr nachbesetzt werden, die Ausgabenzuwächse im großen Sozialbereich werden mit 4 % gedeckelt, die Abgangsdeckung für den Spitalsbereich bleibt für 2014 zunächst mit € 242 Mio. konstant, während vorausberechnete Kostensteigerungen von € 144 Mio. in den nächsten Jahren abgefangen werden müssen. Daneben stehen kleinere Einsparungen (Schließung des Landwirtschaftsmuseums Ehrental und der Landestankstellen, Entfall diverser Veranstaltungen etc.); strukturell bedeutsam ist allein der Plan, die Wohnbauförderung auf den sozialen Wohnbau zu konzentrieren (und damit € 5 Mio. einzusparen), während einschneidende Veränderungen und Einsparungen auch bei den Pflichtausgaben auf das Budget 2015 verschoben würden.

Bei rückläufigen Ertragsanteilen und möglichen Eingriffen in den Finanzausgleich kommen damit große Herausforderungen auf die Landespolitik zu: es wird nicht mehr ohne die viel beschworenen und immer wieder vertagten Strukturreformen gehen. Dies betrifft z.B. das Gesundheitswesen, wo ein Zuviel an Krankenanstalten und Betten nur durch eine Angebotsstrukturplanung mit erheblichen Einschnitten in die bestehenden Kapazitäten bewirkt werden kann. Dies gilt für den umfangreichen Bereich von Förderungen, wo ein erstmals zu erstellender Subventionsbericht des Landes über eine Bestandsaufnahme hinaus mögliche Korrekturen und Einschnitte aufzeigen könnte. Dies gilt für eine Verwaltungsreform, die über die Zusammenlegung von Abteilungen oder pauschale Personaleinsparungen hinaus auch die Sinnhaftigkeit von Aufgaben, deren Verteilung auf Land, BH's und Gemeinden, sowie deren Organisation, Erfüllung und Finanzierung in Frage stellt bzw. eine effizientere, leistungsfähigere und kostensparende Struktur zum Ziel hat. Diese und viele andere Bereiche müssen auf den Prüfstand, viele Vorschläge, die in den vergangenen Jahren präsentiert und beiseite geschoben wurden, von Vorschlägen in Rechnungshofberichten

bis zu Ergebnissen des Gemeindegkonvents, müssen neuerlich auf ihre Umsetzbarkeit und ihren Beitrag zu einem umfassenden Reformpaket geprüft werden. Eine Krise der Landesfinanzen ist auch eine Chance: Reformen durchzusetzen, denen in besseren Zeiten unüberwindbare Hindernisse entgegenstehen.

Hans-Joachim Bodenhöfer

Energiesuffizienz als Rettungsanker der Klima- und Energiepolitik?

An den großen Wurf in Warschau, bei der 19. UN-Klimakonferenz, hat wohl keiner geglaubt. Ein Rückblick: Als im Jahr 2005 das Kyoto-Protokoll in Kraft trat, schien es als ob der Durchbruch in der Energie- und Klimapolitik gelungen wäre. Das Kyoto-Protokoll, das bisher einzige völkerrechtlich verbindliche Instrument zur Reduktion der Treibhausgase, fixierte Ziele zur Minderung der Treibhausgase für die erste Kyoto-Verpflichtungsperiode (2008-2012). Bereits in Kopenhagen (2009) sollte ein Folgeabkommen ausverhandelt werden. Die Verhandlungen scheiterten jedoch, der „Copenhagen Accord“ ist rechtlich nicht bindend. International einigte man sich jedoch auf das Ziel, die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) auf ein Niveau zu reduzieren, das einen Temperaturanstieg auf max. 2° C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau begrenzt. Damit sollen die Folgen des Klimawandels in einem beherrschbaren Ausmaß bleiben. Um dieses Ziel erreichen zu können, müssen die Industriestaaten bis zum Jahr 2050 ihre THG-Emissionen um 80-95 % reduzieren.³ Die Europäische Union verpflichtete sich bis zum Jahr 2020 zur Reduktion der Treibhausgase um 20 %, ⁴ damit sind bis zum Jahr 2050 noch enorme Anstrengungen notwendig, um die Treibhausgase um 80-95 % zu reduzieren.

Der Klimawandel erfordert als globales Problem ein gemeinsames, staatenübergreifendes Handeln. Deshalb ist der Druck ein Folgeabkommen für Kyoto zu erreichen hoch. Während die Industriestaaten auch auf verbindliche Reduktionsziele für die Schwellenländer (China, Indien, Brasilien) pochen, sehen das jene freilich anders: die Industriestaaten und damit auch die wesentlichen Verursacher der Emis-

³ Vgl. Europäische Kommission (2010): Analyse der Optionen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen um mehr als 20 % und Bewertung des Risikos der Verlagerung von CO₂-Emissionen, S. 2.

⁴ 20-20-20 Ziele der Europäischen Union. Vgl. IHS Konjunkturreport. 20-20-20 bis 2020. 8. Jg., Ausgabe 1, März 2008. Die EU ist bereit die THG-Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30 % zu erhöhen, wenn man sich auf ein globales Abkommen einigt (vgl. Europäische Kommission, 2010, S. 2).

sionen sollen ihre Einsparbemühungen intensivieren und jene Länder, denen das Kapital zur Anpassung an den Klimawandel fehlt, infolgedessen unterstützen. Zudem wollen die Schwellenländer nicht, dass Restriktionen in der Klimapolitik den wirtschaftlichen Aufschwung erschweren. Diese Forderung klingt auf den ersten Blick verständlich, wenn man bedenkt, dass bei einem Vergleich der CO₂-Emissionen je Einwohner die industrialisierten Staaten weit vorne liegen: In den Vereinigten Staaten lagen die CO₂-Emissionen im Jahr 2012 je Einwohner bei 17,2 Tonnen, in Kanada bei 15,8, in Südkorea bei 12,0 und selbst Deutschland und Österreich lagen mit den Pro-Kopf CO₂-Emissionen deutlich über dem Welt-Durchschnitt von 4,6 Tonnen. Aber auch in China haben die Pro-Kopf-Emissionen bereits ein hohes Ausmaß erreicht und lagen bereits bei 6,2 Tonnen CO₂ im Jahr 2012. Weltweit ist China der größte CO₂-Emittent.⁵

Bei der Klimakonferenz in Warschau einigte man sich auf einen Fahrplan für einen Weltklimavertrag, der bei der Konferenz in Paris (2015) beschlossen werden soll. Und diesmal sollen auch Ziele für die Schwellenländer verbindlich sein. Enttäuscht vom Klimagipfel in Warschau zeigen sich die Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie Vertreter von Entwicklungsländern.⁶ Ob der künftige Fahrplan ausreicht das zwei Grad Ziel zu erreichen, bleibt außerdem fraglich. Tatsache ist: je länger wir warten die THG-Emissionen zu reduzieren, umso höher müssen die künftigen Anstrengungen ausfallen und umso teurer werden die Anpassungs- und Vermeidungsstrategien sein.

Österreich hat sich im Rahmen der Kyoto-Ziele zu einer Reduktion der THG-Emissionen um 13 % verpflichtet (interne EU-Lastenteilung). Durch sektorale Abweichungen von den Zielen der Klimastrategie aus dem Jahr 2007 können die verbindlichen Emissionsreduktionen nur durch einen zusätzlichen Einsatz flexibler Instrumente (Joint Implementation, Clean Development Mechanism), d.h. durch den zusätzlichen Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten erreicht werden.⁷ In Kärnten liegen die CO₂-Emissionen pro Kopf bei

knapp 6,3 Tonnen (2011)⁸ und damit auch deutlich über dem weltweiten Durchschnitt von 4,7 Tonnen CO₂. Vertretbar für das Klima wäre ein Pro-Kopf Ausstoß von weniger als 2 Tonnen CO₂/Kopf/Jahr.⁹

Wie also soll der Weg zu einer emissionsarmen Wirtschaft aussehen? Zumindest das Ziel ist klar und politisch weitgehend unumstritten. Langfristig muss der „Energiebedarf (vollständig) mit erneuerbaren Energieträgern gedeckt werden, um damit die Treibhausgasemissionen auf das erforderliche Niveau zu senken. Verschiedene Studien und Szenarien zeigen in einer konzeptionellen Weise: es ist möglich!¹⁰ Bis zum Jahr 2050 kann sich Österreich vollständig mit erneuerbaren Energien versorgen, gleichzeitig sinken die THG-Emissionen – das Klimaziel kann erreicht werden. Damit scheint der Weg in Österreich machbar. Allerdings wird in den Szenarien der diversen Studien vorausgesetzt, dass der Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 deutlich reduziert wird. In der Studie Energie [R]evolution Österreich 2050¹¹ wird von einer Halbierung des Energieverbrauchs bis zum Jahr 2050 ausgegangen und auch in der Studie Energieautarkie 2050¹² sinkt der Energieverbrauch bis zum Jahr 2050 deutlich. Hintergrund dafür ist zum einen, dass die erneuerbaren Energieträger in Österreich nur begrenzt zur Verfügung stehen und einen weiter steigenden Energieverbrauch nicht abdecken können. Und selbst bei einer Stagnation des Energieverbrauchs reichen in Österreich, auf Basis der heute verfügbaren Technologien, Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und Geothermie nicht aus, den Energiebedarf vollständig regenerativ zu decken. Der Weg zu einer auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Gesellschaft beruht damit auf einem deutlich niedrigeren Energieverbrauchs-niveau. Bereits die Energiestrategie Österreich sieht als Ziel die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf dem Niveau des Jahres 2005 vor. Eine verbesserte Energieeffizienz soll dem Anstieg des Energieverbrauchs entgegenwirken und somit Wirtschaftswachstum und Umweltschutz in Einklang bringen.¹³ Tatsächlich wird es ohne Fortschritte in der Energieeffizienz noch viel schwerer sein, die ambitionierten

⁵ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Die 19. UN-Weltklimakonferenz in Warschau. Samstag, 9. November 2013. N5. 261, S. 12; Umweltbundesamt (2013a): Klimaschutzbericht 2013, S. 37; Spiegel Online Wissenschaft: Warschauer Klimakonferenz: Teilsieg für die Armen. Verfügbar unter:

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/uno-klimakonferenz-in-warschau-kommentar-von-markus-becker-a-935319.html>. Download am 27.11.2013.

⁶ Vgl. Spiegel Online Wissenschaft; Der Tagesspiegel: Staaten einigen sich auf Minimalkonsens.

<http://www.tagesspiegel.de/politik/warschauer-klimakonferenz-staaten-einigen-sich-auf-minimalkonsens/9119756.html>. Download am 27.11.2013.

⁷ Vgl. Umweltbundesamt (2013a), S. 7ff.

⁸ Vgl. Umweltbundesamt (2013b): Bundesländer Luftschadstoff-Inventur 1990-2011. Wien, S. 52; Statistik Austria, Bevölkerung im Jahresdurchschnitt. 28.11.2013; eigene Berechnungen IHS Kärnten.

⁹ Vgl. Scherhorn, G. (2008): Über Effizienz hinaus. Beitrag zu: Hartard, Schaffer & Giegrich (Hrsg.), Ressourceneffizienz im Kontext der Nachhaltigkeitsdebatte. Baden-Baden 2008. Nomos Verlag.

¹⁰ Vgl. Streicher et al. (2010): Energieautarkie für Österreich 2050; Bliem et al. (2011): Energie [R]evolution Österreich 2050. IHS Wien. Wien.

¹¹ Vgl. Bliem et al. (2011).

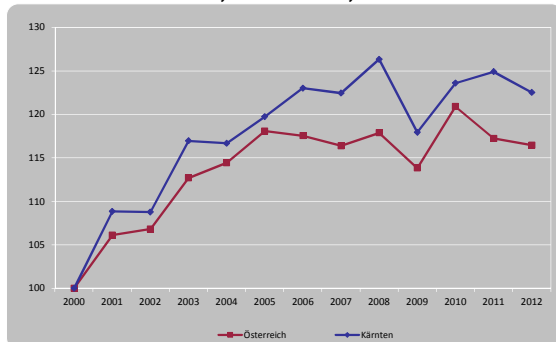
¹² Vgl. Streicher et al. (2010).

¹³ Vgl. Lebensministerium, BMWFJ (2010): EnergieStrategie Österreich, S. 9.

Energie- und Klimaziele zu erreichen. Energieeffizienz – d.h. mehr bzw. gleich viel Output bei einem geringeren Energieeinsatz – rechnet sich und müsste aus rationalen Überlegungen stärker umgesetzt werden. Denn: ein geringerer Energieverbrauch bedeutet auch geringere Kosten.

Die Daten der amtlichen Statistik zeigen auch, dass die Wirtschaft energieeffizienter geworden ist. Sowohl in Kärnten als auch in Österreich ist die Energieintensität (in TJ/Mio. € Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttoregionalprodukt) im Zeitraum 2000 bis 2010 um ca. 7,4 % bzw. um 12,3 % gesunken.¹⁴ Allerdings zeigt sich, dass der Energieverbrauch in Österreich und Kärnten seit dem Jahr 2000 deutlich angestiegen ist. Nach einem deutlichen Rückgang des Energieverbrauchs im Jahr 2009 (bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise) pendelte sich der Energieverbrauch in Österreich im Jahr 2012 wieder in etwa auf dem Niveau des Jahres 2007 ein (vgl. Abbildung 1). In Kärnten lag der Energieverbrauch im Jahr 2012 mit 84.569 TJ um ca. 2 % über dem energetischen Endverbrauch des Jahres 2005.¹⁵ Die erhofften Energieeinsparungen in den mittel- bis langfristigen Energieszenarien sind damit bis dato – abgesehen vom konjunkturbedingten Einbruch – ausgeblieben.

Abbildung 1: Energetischer Endverbrauch Kärnten und Österreich, 2000-2011, Index 2000=100



Quelle: Statistik Austria (2013); eigene Berechnungen IHS Kärnten

Beim hoffnungsvollen Klammern an den „Retungsanker“ Energieeffizienz wird oft die Tatsache vernachlässigt, dass Energieeinsparungen, zurückzuführen auf Energieeffizienzsteigerungen, durch bspw. ein geändertes Verbraucherverhalten zumindest teilweise wieder „aufgefressen“ werden. Ein Beispiel dafür ist der Sektor Verkehr: obwohl die Fahrzeuge effizienter geworden sind, sind die Treibhausgasemissionen deutlich angestiegen (Kärnten: + 57 % im Zeitraum 1990 bis 2011)¹⁶. Die hö-

here Durchdringung mit Fahrzeugen sowie ein Anstieg der mit dem Pkw zurückgelegten Wege konterkariert die kontinuierlichen Energieeffizienzverbesserungen im Fahrzeugbereich: der Rebound-Effekt „frisst“ zumindest einen Teil der Energieeinsparungen durch eine höhere Nachfrage wieder auf. Die Hoffnung, dass technologische Innovationen (Energieeffizienz) und Verbesserungen auf der Produktionsseite das Energie- und Klimaproblem alleine lösen, wird sich eventuell nicht erfüllen. Was also, wenn Steigerungen in der Energieeffizienz nicht ausreichen, den Energieverbrauch auf das erforderliche Niveau zu senken?

Wenn Energieeffizienz scheitert, muss Energiesuffizienz das Problem der Energie- und Klimapolitik lösen: nämlich die Nachfrage (nach energieintensiven Gütern) einschränken und Maß zu halten.¹⁷ Damit wird der Fokus von den Produzenten auf die Konsumenten verlagert.¹⁸ Nicht nur technologische Fortschritte sondern auch ein geändertes Konsumverhalten werden damit für die Energiewende entscheidend sein. Verbindet man einen höheren Energie- und Ressourcenverbrauch mit einem höheren Komfort oder mehr an Lebensqualität, dann ist eine nachhaltigere Entwicklung nur mit persönlichen Einschränkungen und geringerer wirtschaftlicher Entwicklung vereinbar. Energiesuffizienz lässt sich damit nicht annähernd so gut „verkaufen“ wie Energieeffizienz. Ob der Konsumverzicht in hoch entwickelten Ländern immer mit einem Rückgang der Lebensqualität gleichzusetzen ist, muss jedoch hinterfragt werden. Beschränkte Ressourcen und ein unbegrenztes Wachstum schließen sich jedoch gegenseitig aus und machen deutlich, dass die energie- und klimapolitischen Ziele ohne Energiesuffizienz (d.h. ohne einen niedrigeren Energieverbrauch) nicht erreicht werden können.¹⁹

Beate Friedl

Serie Demographischer Wandel – Entwicklung, Folgen und Lösungsansätze im Resümee

In den vergangenen acht Beiträgen des Konjunkturreports wurde im Rahmen der *Serie Demographischer Wandel* dieser in den unterschiedlichsten Facetten beleuchtet. Ausgehend von einer Darstellung der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung in Österreich und Kärnten samt kurzem Einblick in die Ursachen des demographischen Wandels (Teil I)²⁰ stan-

¹⁴ Vgl. Bliem et al. (2013): Energieeffizienz-Aktionsplan Kärnten. IHS Kärnten. Klagenfurt, S.3f.

¹⁵ Vgl. Statistik Austria (2013): Energiebilanz Kärnten 1988-2012 (Detailinformation); Gesamtenergiebilanz Österreich 1970-2012 (Detailinformation).

¹⁶ Vgl. Umweltbundesamt (2011b), S. 51.

¹⁷ Vgl. Scherhorn, G. (2008), S. 4.

¹⁸ Von Winterfeld, U. (2007): Keine Nachhaltigkeit ohne Suffizienz. Vorgänge Heft 3/2007, S. 46-54.

¹⁹ Linz, M. und Scherhorn, G. (2011): Für eine Politik der Energie-Suffizienz. Wuppertal Institut, S. 8.

²⁰ Der demographische Wandel – ein globales Phänomen. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 4, 2011, S. 4f.

den im Folgenden insbesondere die (potenziellen) wirtschaftlichen Folgen der sich vollziehenden Bevölkerungsentwicklung im Fokus. Dabei ist einerseits die Alterung der Bevölkerung, welche sich in ganz Österreich vollzieht, zu beachten. Andererseits zu berücksichtigen ist für Kärnten im Speziellen das stagnierende bzw. leicht rückläufige Bevölkerungswachstum. Zu guter Letzt nicht außer Acht zu lassen ist die stark differenzierte Entwicklung in räumlicher Dimension: So gilt auch für Kärnten, dass die Bevölkerung in gewissen Regionen bzw. im Zentralraum weiterhin wächst und wachsen wird, während die strukturschwächeren ländlichen Gebiete verstärkt an Bevölkerung verlieren und damit auch deutlich rascher „altern“.

Was bedeutet diese Veränderung nun für die wirtschaftliche Entwicklung der Region? Aus der theoretischen Diskussion und empirischen Untersuchungen ist ableitbar, dass das Bevölkerungswachstum bzw. die Bevölkerungsstärke keinen signifikanten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hat; vielmehr dominieren hier Faktoren wie Bildung oder technologischer Fortschritt. Deutlich differenzierter ist dies jedoch zu sehen, sofern die Altersstruktur der Bevölkerung im Fokus steht. So wird einem höheren Anteil an Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter samt komprimierter Altersstruktur dieser eine positive Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung attestiert. Ein detaillierter Blick auf diese Wirkungsmechanismen sowie die Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und potentiellen Folgen am Kärntner Arbeitsmarkt wurde in Teil IV²¹ der Serie geworfen. Daraus geht hervor, dass die potentielle Erwerbsbevölkerung bis 2030 um über 10 % zurückgehen wird, bei gleichzeitigem Anstieg des Durchschnittsalters.

Parallel zum Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kommt es in ganz Österreich zu einer Zunahme der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter) um über 40 %. Dies wird sich insbesondere auf die Finanzierung des auf Umlageprinzip basierenden Pensionsystems auswirken. Nach den aktuellen Prognosen werden im Jahr 2030 auf eine/n Österreicher/in über 64 Jahre nur noch gut zwei Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren entfallen. Dabei ist zu beachten, dass das tatsächliche Pensionsantrittsalter in Österreich deutlich darunter liegt, bei durchschnittlich rund 59 Jahren. Die Thematik der Finanzierung des Sozialsystems wurde in Teil III der Serie²² diskutiert und dabei auch auf das Gesundheits- und Pflegewesen eingegangen. Auch in diesen beiden Bereichen werden Kos-

tensteigerungen erwartet. Während im Gesundheitsbereich jedoch weniger der Alterung als dem technologischen Fortschritt eine entscheidende Rolle zugeschrieben wird, gilt dies für die Pflege nur bedingt: Hier sind vor allem die Alterung und die Individualisierung der Gesellschaft die Kostentreiber. Dem gegenüber werden für die Arbeitslosenversicherung und Bildungsausgaben potentielle Einsparungen durch die demographische Entwicklung gesehen, welche jedoch den kostensteigernden Effekt im Bereich des Pensions-, Gesundheits- und Pflegewesens kaum mindern können werden.

Sowohl in Bezug auf den Arbeitsmarkt als auch die Finanzierung des Sozialsystems kommt der Stärke der Erwerbsbevölkerung eine zentrale Rolle zu. Gerade in diesem Bereich besteht auch deutliches Handlungspotential, welches von einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der 55-64-Jährigen bzw. des faktischen Pensionsantrittsalters, über eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen insgesamt bis hin zu einer verstärkten Zuwanderung von Hochqualifizierten reicht. Während für eine verstärkte Erwerbsbeteiligung von Frauen auch die Bereitstellung von Kinderbetreuung wesentlich ist, bildet in Bezug auf die Migration qualifizierter Personen häufig eine Ausbildung im Zielland verbunden mit einer daran anschließenden Aufnahme der beruflichen Tätigkeit das entscheidende Motiv. Mit der Rolle der Frau bzw. dem Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung und Kinderbetreuung beschäftigte sich Teil VII der Serie Demographischer Wandel²³, während in Teil VI²⁴ die Migration als möglicher Lösungsansatz im Vordergrund stand.

Maßnahmen im Bildungsbereich sind – abgesehen von der Etablierung eines Wirtschaftsraums als Bildungsstandort und damit Attraktivierung für Zuwanderer – auch in Bezug auf die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Bedeutung. So nimmt die Erwerbsbeteiligung von Personen mit steigendem Bildungsniveau erheblich zu. In diesem Zusammenhang ist auch die Reduktion der Anzahl früher Schulabgänger/innen zu nennen. Abgesehen davon ist Bildung als Basis für Innovationen und in weiterer Folge die Produktivität einer Wirtschaftsregion zu sehen. Zudem hat das Lebenslange Lernen vor dem Hintergrund des steigenden Durchschnittsalters der Erwerbsbevölkerung einen hohen Stellenwert inne. Dem Thema Bildung wurde daher ebenfalls ein Serienbeitrag gewidmet (Teil VIII²⁵).

²¹ Schrumpfung und Alterung am Arbeitsmarkt. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 3, 2012, S. 6ff.

²² Herausforderungen für das Sozialsystem in Österreich. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 2, 2012, S. 7ff.

²³ Die Rolle der Frau. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 2, 2013, S. 5ff.

²⁴ Migration für Kärnten? In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 1, 2013, S. 5ff.

²⁵ Bildung als Allheilmittel? In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 2, 2013, S. 3ff.

Ein weiteres Finanzierungsproblem der öffentlichen Hand aufgrund der Bevölkerungsentwicklung ist im Bereich der Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene zu erwarten. Wie in Teil V der Serie Demographischer Wandel²⁶ dargestellt, wird die Zurverfügungstellung von Leistungen im allgemeinen Interesse vor allem in Gemeinden, welche vom Bevölkerungsrückgang geprägt sind, zunehmend schwieriger. Dies gilt sowohl für soziale Infrastrukturleistungen (z.B. Kinderbetreuung, Schulbildung, Altenpflege) als auch die technische Infrastruktur (z.B. Straßen, Kanal). Während die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung für einen Teil der Einrichtungen eine geringere Auslastung bei Kostenremanenz zur Folge hat (z.B. Schulen, Kanalinfrastruktur), steigt in weiteren Leistungsbereichen die Nachfrage (z.B. Altenbetreuung). So sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Leistungen der Daseinsvorsorge in Kärnten bereits aktuell in der kleinsten Gemeindegrößenklasse (bis 2.500 Einwohner) am zweithöchsten. Der höheren Pro-Kopf-Belastung stehen gleichzeitig zusätzliche Belastungen im Gemeindehaushalt durch bevölkerungsbedingt geringere Einnahmen aus dem Finanzausgleich sowie kommunalen Steuer- und Gebühreneinnahmen gegenüber. Es wird daher unter den gegebenen Rahmenbedingungen zunehmend schwieriger werden, die bestehenden Leistungsstrukturen in peripheren Gebieten bei Beibehaltung der aktuellen Strukturen aufrecht zu erhalten.

Während die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung beispielsweise auf die angeführten Bereiche Arbeitsmarkt, Sozialsystem oder Daseinsvorsorge oftmals im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Belange betroffen sind, sind die zu erwartenden Auswirkungen auf die Konsumstruktur bzw. die private Nachfrage selten Gegenstand der allgemeinen Diskussion. Die Alterung der Bevölkerung wird jedoch auch hier weitreichende Änderungen bewirken. Die Konsumpräferenzen und Bedürfnisse von Personen im jungen Alter unterscheiden sich deutlich von jenen im höheren Alter. Dies hat einerseits Einfluss auf die Höhe der Konsumausgaben, welche im hohen Alter deutlich zurückgehen, als auch die Konsumstruktur. So geben Haushalte mit einem älteren Haushaltsvorstand beispielsweise deutlich mehr für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Gesundheit oder auch Wohnung, Beheizung und Beleuchtung aus, während jüngere Alterskohorten beispielsweise höhere Verkehrsausgaben aufweisen. Die Altersstruktur der Bevölkerung hat damit auch unmittelbaren Einfluss auf die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen,

wovon in weiterer Folge die Produktionsstruktur oder das Beschäftigungsverhältnis einer Volkswirtschaft abhängen. Eine Beleuchtung dieser Thematik samt Darstellung potentieller Effekte der Alterung der Bevölkerung auf die Konsumstruktur im Jahr 2030 erfolgte in Teil II der Serie Demographischer Wandel.²⁷

Die Wechselwirkungen des demographischen Wandels auf die wirtschaftliche Entwicklung sind, wie die genannten Aspekte zeigen, vielfältig. Im Rahmen der Serie Demographischer Wandel wurde versucht, einen Einblick in die umfangreiche Thematik – die Entwicklung der Bevölkerung, zu erwartende Folgen als auch potentielle Lösungsansätze – zu geben. Aufzuhalten ist der Alterungsprozess nicht mehr, diesen als große Gefahr anzusehen, ist jedoch auch unangebracht. Er erfordert vielmehr sowohl von Seiten der öffentlichen Hand als auch der Privatwirtschaft Anpassungsstrategien, als auch ein generell höheres gesellschaftliches Bewusstsein um die Bedeutung und Stellung älterer Menschen in der Gesellschaft.

Birgit Aigner-Walder

Fortsetzung Konjunktur:

Beide Länder leiden unter erheblichen Strukturproblemen. Darüber hinaus entwickelt sich die Bauwirtschaft in Kärnten markant schlechter als in Gesamt-Österreich. Im Durchschnitt der Monate Jänner bis August lag der Produktionsindex im Verarbeitenden Gewerbe in Kärnten um 1,5% niedriger als in der entsprechenden Vorjahresperiode, verglichen mit einem Anstieg um 0,6% in Österreich insgesamt. In der Bauwirtschaft ist der Unterschied zwischen der Entwicklung in Kärnten und im Bundesdurchschnitt noch größer. In diesem Wirtschaftszweig unterschritt die Produktion in Kärnten den Vorjahreswert um 4,4%, während sie im Bundesdurchschnitt um 0,4% ausgeweitet wurde. Auch wenn sich die Konjunktur inzwischen stabilisiert, wird das Bruttoregionalprodukt in Kärnten im Jahresdurchschnitt bestenfalls stagnieren und damit um rund einen halben Prozentpunkt schwächer wachsen als in Gesamt-Österreich. Eine neue detaillierte Wirtschaftsprognose für Kärnten wird Ende Dezember auf der Homepage des IHS Kärnten veröffentlicht:

<http://www.carinthia.ihs.ac.at/wirtschaftsprognose.html>

Klaus Weyerstraß

²⁶ Daseinsvorsorge – Herausforderung für Kommunen. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 2, 2012, S. 6ff.

²⁷ Bevölkerungsalterung und privater Konsum. In: IHS Kärnten Konjunkturreport, Ausgabe 1, 2012, S. 5ff.

Projekte 2013:

- *Das Potenzial von Öko-Innovationen für den Standort Österreich.* Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend. In Zusammenarbeit mit dem IHS Wien.
- *Wirtschaftsbericht des Landes Kärnten 2012.* Im Auftrag des Amtes der Kärntner Landesregierung.
- *Energieeffizienz-Aktionsplan Kärnten.* Im Auftrag des Amtes der Kärntner Landesregierung.
- *Kurzanalyse der Beschäftigung im öffentlichen Sektor - Kostenfaktor Personalausgaben.* Im Auftrag der Wirtschaftskammer Kärnten.
- *Smart Grids und volkswirtschaftliche Effekte: Gesamtwirtschaftliche Bewertung von Smart-Grids-Lösungen - ECONGRID.* Projekt im Rahmen der 4. Ausschreibung des Programmes „Neue Energien 2020“ des Klima- und Energiefonds. In Zusammenarbeit mit TU Graz, Institut für Elektrische Anlagen (IFEA), Plaut Consulting Austria GmbH - Plaut Economics, Energie Klagenfurt GmbH (EKG).
- *Monitoring Quality of Life in Europe: Quality of society and public services.* In Zusammenarbeit mit dem IHS Wien und der University of Aberdeen. Im Auftrag von Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions).
- *Erneuerbare Energien in Oberösterreich: Förderung, Beschäftigung, Energiepreise und Industrie.* Im Auftrag des Freiheitlichen Bildungswerks Oberösterreich.
- *Kinderbetreuung in Kärnten – Status quo und Bedarf.* Im Auftrag des Frauenreferates und der Gemeindeabteilung des Amtes der Kärntner Landesregierung.
- *Brain Drain in Kärnten - Motive, Ursachen und mögliche Handlungsoptionen.* Im Auftrag der Arbeiterkammer (AK) Kärnten, Amt der Kärntner Landesregierung, BFI Kärnten, Industriellenvereinigung (IV) Kärnten, Sparte Industrie der WK Kärnten, WIFI Kärnten und Wirtschaftskammer (WK) Kärnten - laufendes Projekt.
- *Social Inclusion of Young People: Effect and impact of long term unemployment on youth.* In Zusammenarbeit mit dem IHS Wien und der University of Aberdeen. Im Auftrag von Eurofound (European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions) - laufendes Projekt.

Ausgewählte Publikationen

- Aigner-Walder, B. und Döring, T. (2013): *Zukünftige Entwicklung der privaten Verkehrsausgaben in Deutschland aufgrund des demographischen Wandels.* In: Sofia-Diskussionsbeiträge zur Institutionenanalyse, Nr. 13-2, 20 S.
- Bliem, M., Friedl, B., Aigner, M., Haber, A., Schmutzner, E. (2013): *Smart Grids und deren volkswirtschaftliche Effekte in Österreich.* In: *Energiewirtschaftliche Tagesfragen* 63. Jg. (2013) Heft 12, 4 S.
- Bodenhöfer, H.-J. und Rodiga-Laßnig, P. (2013): *20 Jahre Kärntner Wirtschaftsförderungsfonds (KWF).* In: *Kärntner Jahrbuch für Politik* 2013. Hermagoras Verlag: Klagenfurt, 18 S.
- Klinglmair, A. und Bliem, M.G. (2013): *Die Erschließung vorhandener Wasserkraftpotenziale in Österreich im Spannungsfeld von Energiepolitik und ökologischen Schutzziele.* In: *Zeitschrift für Energiewirtschaft*, Nr. 4/2013, 14 S.
- Klinglmair, A., Bliem, M.G. und Brouwer, R. (2013): *Exploring the Public Value of Increased Hydropower Use. A Choice Experiment Study for Austria.* 20. Annual Conference of the European Association of Environmental and Resource Economists, Juni 2013: Toulouse, 30 S.
- Klinglmair, R. und Aigner-Walder, B. (2013): *Herausforderungen am Arbeitsmarkt aufgrund der demographischen Entwicklung. Analyse am Beispiel Kärntens.* In: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Jg. 60, Nr. 3, 21 S.

Das Team des IHS Kärnten wünscht:

Friedvolle
Weihnachts-
feiertage und



Alles Gute
für das
Jahr 2014!

Impressum

Herausgeber: IHS Kärnten
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
 Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: info@carinthia.ihs.ac.at
Website: www.carinthia.ihs.ac.at

Der IHS Kärnten Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 10.12.2013